Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Dienstag, 14. Juni 1921 · Nummer 272 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 16 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Gewaltherrschaft des Landvogts

Eine Proklamation der bayerischen Arbeiterschaft

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 14. Juni.

Gestern abend wurde nach der Trauerkundgebung eine **Proklamation an das werktätige bayerische Volk** verbreitet, das die Unterschrift des Gewerkschaftsvereins trug, des Zentralrats der Betriebsräte der S. P. D. und der U. S. P. D. In der Proklamation heißt es u. a.:

„Die Schüsse **des gedungenen Mörders haben das bayerische** Proletariat ins Herz getroffen. „Landvogt, deine Uhr ist abgelaufen!" Das war im Februar 1919 der Schlachtruf einer verkommenen Jugend gegen Kurt Eisner. Nach Kurt Eisner Hugo Haase, nach Haase Gareis. Das Maß ist voll. Die Vergeltung kommt herauf. **Nicht Mord gegen Mord. Der Mord ist das politische Kampfmittel sogenannter regierungstreuer Kreise Bayerns.** Am Grabe unseres teueren Toten schwören wir, nicht zu ruhen und zu rasten, bis Bayerns Zustände denen zivilisierter Staaten wieder gleichen. Wir spotten der Panzerautos, der schweren Maschinengewehre, der Drahtverhaue und der lanzenbewehrten Soldateska des Münchener Landvogts, die uns seit Tagen und auch zu dieser feierlichen Stunde umgeben. Die rohe Regierungsgewalt hat zur Festigung ihres letzten Pfeilers, zum Mord, geführt. Noch ist das Ende nicht abzusehen. Die Regierungspeitsche wird vom Münchener Landvogt noch stärker geschwungen. Ein Organ der klassenbewußten Arbeiterschaft „Der Kampf", ist verboten, einem weiteren Organ, der „Münchener Post", droht das Verbot. Der Landvogt verwehrt der Arbeiterschaft, durch ein Gesetz und Recht hohnsprechendes Verbot, dem toten Führer, dem Opfer eines bayerisch staatlich geschützten Freibeutertums, die letzte Ehre in würdiger Form zu erweisen.

Wohlan, das Maß ist voll. Der Kampf ist entbrannt. Die erste Schlacht wird geschlagen."

Die Arbeiter werden dann aufgefordert, nach Beendigung der ersten Kampfhandlung, dem vorläufigen Abschluß des Massenstreiks Montag nacht 12 Uhr, dafür zu sorgen, daß der Sinn und Zweck des Kampfes noch tiefer sich in die Herzen und Köpfe der Volksgenossen einprägt.

Zum Schluß heißt es dann: **„Genossen, besinnt Euch, stützt und stärkt die Front. Bayerisches Volk, halte Wacht und rüste zu neuem Kampf, zum Sieg!"**

Dieses Flugblatt wurde von der Polizei beschlagnahmt, war aber schon in ungeheuren Massen an die Teilnehmer der Trauerkundgebung verbreitet worden. In diesem Flugblatt hat das Münchener Proletariat zum Ausdruck gebracht, daß der Generalstreik, der in musterhafter Ordnung durchgeführt worden war, nur eine Etappe im Kampf gegen die bayerische Reaktion darstellt. Das bayerische Proletariat ist **nur in einen Waffenstillstand** eingetreten und steht Gewehr bei Fuß bereit, neuen Anschlägen der Konterrevolution sofort entgegenzutreten.

Wiedererscheinen der bürgerlichen Zeitungen

München, 14. Juni.

Die hiesigen Morgenblätter erschienen heute früh zur gewohnten Stunde und in verstärktem Umfange. Das Setzerpersonal hatte die Arbeit gestern abend wieder aufgenommen.

Kahr sabotiert die Entwaffnung

In der amtlichen Darstellung der bayerischen Regierung, die wir nur zu einem Teil in der heutigen Morgen-Ausgabe bringen konnten, heißt es noch weiter:

Bedauerlich ist, daß durch den Generalstreik **der bis jetzt reibungslosen Entwaffnungsaktion große Schwierigkeiten bereitet worden sind.** Trotz des guten Willens der Einwohnerwehren ist durch den Generalstreik die Situation ungemein erschwert, da die Leute angesichts des Generalstreiks und der sozialistischen Drohungen, durch die Erinnerung an die Ereignisse des November 1918 **nur schwer sich entschließen können, ihre Waffen abzuliefern.** Es wäre beklagenswert, wenn trotz des guten Willens der Einwohnerwehr infolge des Generalstreiks die Entwaffnungsfristen nicht innegehalten werden könnten. Die Meldung des „Vorwärts", daß Anschläge und Handzettel ausgegeben worden seien, welche die Einstellung der Entwaffnungsaktion bekanntgaben, und die Leute auffordern, ihre Waffen wieder abzuholen, ist falsch. **Die Entwaffnungsaktion ist nicht eingestellt.** Die bezirksweise Entwaffnung geht weiter. Die Einwohnerwehrgruppen sind lediglich darauf aufmerksam gemacht worden, **daß im Falle eines Putsches von links nach Aufruf die Waffen in den Depots in Empfang zu nehmen sind.** Die Verantwortung dafür fällt auf die Veranstalter des mutwilligen Streiks. Im übrigen ist der Generalstreik von der Streikleitung für heute abend abgesagt.

Diese Ausführungen zeigen, wessen dieser Kahr fähig ist. Der Generalstreik, der sich in geradezu glänzender Disziplin abwickelte, soll benutzt werden, um den Mannen der Einwohnerwehren die abgegebenen Waffen wieder in die Hände zu spielen oder sie indirekt zur Verweigerung der Waffenabgabe zu veranlassen. Er fordert geradezu zur Sabotage der Entwaffnung auf. Demgegenüber muß mit aller Entschiedenheit hervorgehoben werden, daß es auf den Kahr und seinen Orgeschheerbann in der Entwaffnungsfrage gar nicht ankommt. Die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr ist Reichssache. Sie wird durchgeführt werden, und wenn Kahr sich weiter sträuben sollte, dann fliegt er eben mitsamt seiner Terroristenklique.

Englische Anklagen

Die Franzosen in Oberschlesien

London, 13. Juni.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt aus Oppeln: Der Aufstand in Oberschlesien dauert jetzt schon über vier Wochen. Nichts ist unternommen worden, um ihn zu beenden. **Die neutrale Zone ist ein Mißerfolg.** Die alliierten Truppen sind an verschiedenen Punkten zwischen die Insurgenten und den deutschen Selbstschutz geschoben worden. Aber zwischen diesen Punkten geht der heftige Kampf weiter. Die Deutschen erleiden dauernd fast unerträgliche Herausforderungen von seiten der Insurgenten, die ein Interesse daran haben, daß die Deutschen wieder angreifen. Die Alliierten müßten ihre Bemühungen fortsetzen, um den deutschen Selbstschutz soviel wie möglich zurückzuhalten, und sie müßten ausschließlich damit beschäftigt sein, an der Front die Feindseligkeiten zu verhindern. Dann würde das französische Argument, wonach der deutsche Selbstschutz das größte Hindernis auf dem Wege der Beruhigung Oberschlesiens ist, nicht so vollkommen absurd sein, wie es jetzt augenblicklich ist. Trotzdem die Aufständischen schon dort, wo britische Truppen erschienen sind, verschwanden, ohne einen Schuß abzugeben, hat die Ankunft der britischen Truppen, nach der die leidende Bevölkerung so sehnsüchtig ausgeschaut, und die sie so begeistert begrüßt hatte, **bisher gar keinen Unterschied hervorgerufen. Nicht der deutsche Selbstschutz, sondern die Franzosen selbst bilden das Haupthindernis für eine dauernde Lösung.** Die Franzosen, die für den Aufstand verantwortlich sind und offen ihrer Sympathie für den Aufstand Ausdruck gaben, **sind auch für seine Fortdauer verantwortlich,** da sie ihre Sympathie den Polen weiter bezeugen und alles tun, was in ihrer Macht liegt, um jede Art von Aktion, die den Aufstand beendigen könnte, zu verzögern oder abzuschwächen.

Dem Sonderberichterstatter wurde von italienischer Seite erklärt, daß der eigentliche Unterschied in der Ansicht zwischen den Franzosen und den Führern der Aufständischen nur in folgendem bestehe: Die Polen wollten, daß der Aufstand erst beginnen sollte, wenn der Oberste Rat über die neue Grenze Beschluß gefaßt habe. Die Franzosen waren jedoch für eine Vorwegnahme der Entscheidung des Obersten Rates und für den Beginn des Aufstandes unmittelbar nach der Entscheidung der Interalliierten Kommission, daß der größere Teil des Industriegebietes deutsch bleiben solle.

Der Berichterstatter des englischen Blattes fährt fort: **Der Aufstand wird nicht eher zu Ende gehen, als bis die Engländer und Italiener in der Interalliierten Kommission die Vorherrschaft haben.** Augenblicklich steht an der Spitze der militärischen Abteilung Oberst Capus, General Gratier leitet die militärischen Operationen, General Le Rond ist der oberste Chef der gesamten Interalliierten Kommission. Die Aufgabe, den Aufstand zu unterdrücken, befindet sich demnach **in den Händen von drei französischen Offizieren,** die in Uebereinstimmung mit der französischen Politik in Oberschlesien wollen, daß der Aufstand gelingt. **Bevor nicht dieses Triumvirat gestürzt ist und durch britische und italienische Offiziere ersetzt wird, kann in Oberschlesien kein Frieden herrschen,** und der Ruin eines großen Industriegebietes und das Elend einer großen Bevölkerung dauert fort. Selbst ein britisches Armeekorps würde keine Aenderung herbeiführen, denn unter diesem Triumvirat werden britische Truppen dorthingesetzt, wo die Franzosen sie haben wollen, d. h. **dort, wo sie Korfanty am wenigstens lästig sind.**

Ultimatum an die Insurgenten

Ratibor, 13. Juni.

Gestern nachmittag 6 Uhr wurde den Insurgenten ein neues Ultimatum gestellt. Falls noch einmal Ratibor von ihnen, sei es mit Artillerie, sei es durch Maschinengewehr- oder Infanteriefeuer, beschossen werden sollte, **werde die italienische Artillerie ihre Stellungen unwiderruflich mit Feuer belegen.**

Nach einer hier vorliegenden Meldung wurde festgestellt, daß als Verstärkung für die Polen in der Gegend Groß-Strehlitz Truppen aus Posen im Anmarsch seien. Bisher wurden vier Kompagnien festgestellt.

Die Wiederaufbauarbeiten

Das Arbeitsprogramm für den Wiederaufbau

W. T. B. erfährt von zuständiger Stelle: Die Verhandlungen zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur wurden am Montag vormittag und nachmittag in Wiesbaden fortgesetzt, und zwar nur zwischen den beiden Ministern persönlich, ohne Hinzuziehung von Sachverständigen. Der Zweck der gestrigen Besprechung war, ein Arbeitsprogramm aufzustellen, das die verschiedenen Fragen der Sachlieferung, Arbeitsleistungen und Finanzierungen grundsätzlicher Vereinbarung entgegenführen soll. Die Einzelverhandlungen werden deutscherseits von der Kriegslastenkommission in Paris geführt werden. Beiderseits ergaben die Verhandlungen die entschiedene Absicht, ein beschleunigtes Tempo der Arbeiten herbeizuführen und Deutschland an den Wiederaufbauarbeiten in erheblichem Ausmaß zu beteiligen. Beide Minister haben gestern abend Wiesbaden verlassen.

Unter den Rädern der Schreckensjustiz

Ohne Rast und Ruh arbeitet die Ausnahmejustiz des weißen Schreckens, der sich zur Zeit in den Gerichtssälen Mitteldeutschlands mit wahrhaft satanischer Grausamkeit austobt. Wer in die Fänge dieser Justiz gerät, ist rettungslos verloren, und der Spruch: „Recht muß Recht bleiben", der manches Gerichtsgebäude ziert, ist längst zum Hohnwort geworden. Die Verhandlungen vor den Ausnahmegerichten in Halle, Wittenberg, Torgau, Nordhausen und Naumburg bieten immer dasselbe Bild: man muß zu der Auffassung kommen, daß nicht aus dem Ergebnis der Verhandlung das Urteil gefunden wird, sondern nach Gutdünken der Kammer der vorliegende Tatbestand in das Prokrustesbett irgendeines Gesetzesparagraphen gezwängt wird. Man sieht in dem Angeklagten nicht mehr den einzelnen, aus ehrlichen Motiven handelnden Menschen, sondern bemüht sich krampfhaft, in ihm den schuldbeladenen Träger eines Teiles des Massenwillens zu sehen, indem man sich diesem Massenwillen in vornovemberlicher Weisheit als „ordnungsfeindlich" vorstellt. Man ist andererseits bemüht, den unter diesem unwiderstehlichen Massenwillen handelnden einzelnen für eben diesen Massenwillen persönlich zur Verantwortung zu ziehen.

Ganz besonders kraß tritt diese Auffassung vor dem Landgericht in Wittenberg in die Erscheinung, vor dem die sogenannten „typischen Leunafälle" entschieden, d. h. die Urteile gegen diejenigen „Aufrührer" gefällt werden, die bei der „Erstürmung" des Leunawerkes von der Sipo gefangengenommen wurden. In den meisten Fällen wird wegen anschlusses an einen bewaffneten Haufen, der in der Einreihung in eine Kompagnie erblickt wird, Vergehens gegen das famose Entwaffnungsgesetz und Landfriedensbruchs verhandelt und auf Strafen von sechs Monate an erkannt. Freisprüche sind ganz selten. In der letzten Sitzung wurden einige „besondere" Fälle verhandelt. Der Arbeiter Dippmar aus Merseburg hatte auf dem Leunawerk die Listen der waffenfähigen Männer angefertigt und während dieser Zeit einen Revolver getragen. Das Urteil lautete entgegen dem auf 1½ Jahre lautenden Antrage auf 2 Jahre, 2 Monate Zuchthaus. — Noch schlimmer packten die Fänge der Klassenjustiz den Kriegsbeschädigten Nowak aus Halle, der seit seiner Entlassung aus dem Lazarett noch keine Arbeit gefunden hat, weil er ein künstliches Bein hat. Er soll sich der „Roten Armee" angeschlossen und gegen die Sipo gekämpft haben. Der Unglückliche wurde wegen Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz verurteilt zu sechs Jahren Zuchthaus und 450 M. Geldstrafe, obwohl der Staatsanwalt „nur" fünf Jahre beantragt hatte. Das Gericht ging deswegen über den an sich schon entsetzenerregenden Antrag hinaus, weil der Angeklagte sich bei seiner Verteidigung „ungebührlich" benommen hat. — Dann wurde „verhandelt" gegen den Arbeiter Wehling, dessen Sohn, den Gastwirt Kraneis und den 20jährigen Maurer Küttner aus Stedten in Mansfeld. Wehling wird beschuldigt, mit mehreren Bewaffneten nach dem Gute eines Mansfelder Reaktionärs, bei dem beim Kapp-Putsch eine Menge Waffen gefunden wurden, gegangen zu sein, um dort vermutlich wieder versteckte Waffen in Sicherheit zu bringen. Bei dem Suchen nach Waffen soll er den Gutsbesitzer in die Mitte genommen und ihn sowie dessen Frau geschlagen haben. Das Urteil lautete auf acht Jahre Zuchthaus (der Staatsanwalt hatte gar zwölf Jahre beantragt) für den Vater und auf 1 Jahr, 3 Monate Zuchthaus für seinen 20jährigen Sohn, der bei der Waffensuche beteiligt gewesen sein soll. Des Gastwirts Verbrechen bestand darin, daß er einem fremden Auto, anscheinend Hölz, den Weg nach Halle zeigte, auch hätten bei ihm kommunistische Versammlungen stattgefunden. Urteil: 3 Monate Gefängnis, Küttner 2 Jahre Zuchthaus.

Das durch seine Schreckensurteile schnell „berühmt" gewordene Ausnahmegericht in Naumburg erkannte in der letzten Verhandlung, also an einem einzigen Sitzungstage, auf eine Gesamtstrafe von 96 Jahren und 4 Monaten Zuchthaus. Einige Arbeiter aus der Zeitzer Gegend hatten am 3. Ostertag in Teuchern einen mit anderen Arbeitern besetzten Zug angehalten, um sie zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Die Klassenjustiz erblickte hierin eine vorbereitende Handlung zum Hochverrat und erkannte auf Gefängnisstrafen von je einem Jahre sowie 1½ Jahre Zuchthaus für den „Rädelsführer". — Zwei Jahre Zuchthaus erhielt der Arbeiter Klaus aus Großhayna wegen „Erpressung", die in der Wegnahme von 2 Jagdgewehren erblickt wurde. — Der Arbeiter Samuel aus Freyburg, Vorsitzender der V. K. P. D., hat am Karfreitag auf dem Marktplatz eine kurze Rede gehalten und dabei gesagt: „Die Regierung muß nieder!" Strafe: Sechs Jahre Zuchthaus. — Einige Arbeiter aus Teuliß waren beschuldigt, in ein Rittergut in Goddula eingedrungen zu sein und dort außer Lebensmitteln auch Wein, Zigarren und bares Geld geraubt zu haben. Das Landgericht verurteilte die Arbeiter Wunderlich, Martin und Wolf zu je

zehn Jahren Zuchthaus, die beiden Jugendlichen Fritz und Bauer zu je sechs Jahren Gefängnis. — Der Schlosser Schwedel aus Merseburg erhielt wegen räuberischer Erpressung, Landfriedensbruchs und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz sieben Jahre Zuchthaus. Die „räuberische Erpressung" bestand darin, daß er im Auftrage des Aktionsausschusses von Leuna mit fünf Genossen von einem Mühlenbesitzer 200 Brote gefordert und ohne Widerstand auch erhalten hat. Dabei ließ das Gericht noch „Milde" walten, weil der Angeklagte drei Jahre im Gefängnis war und bis vor kurzem eine Kugel im Kopfe hatte.

Vom Ausnahmegericht in Nordhausen erhielt der Gewerkschaftsbeamte des Metallarbeiter-Verbandes Reich aus Sangerhausen sechs Jahre Zuchthaus wegen Rädelsführerschaft und „Mobilmachung" der Arbeiter-Samariter-Kolonne aus Anlaß des Ueberfalls der Hölzbande auf Sangerhausen. Die Rädelsführerschaft wurde darin erblickt, daß Reich in einer Versammlung im Freien die Metallarbeiter betriebsweise antreten ließ, um dadurch eine bessere Abstimmung über die Fortführung des Streiks zu ermöglichen. Die Richter erblickten darin eine Einteilung im Kampfgruppen. Aehnlich erging es dem Amtsvorsteher Hermann in Bornstedt, der acht Jahre Zuchthaus erhielt. Der Staatsanwalt hatte wegen Hochverrats lebenslängliche Zuchthausstrafe beantragt.

Wie die „Schutz"polizisten des Klassenstaates Gefangene geprügelt und Geständnisse mit Gewalt erpreßt haben, wurde vor dem Sondergericht in Halle wiederholt festgestellt. Angeklagt waren der 19 Jahre alte Arbeiter Tempelhof und der 18jährige Handlungsgehilfe Lorenz aus Halle. T. ließ sich einer Sanitätskolonne zuteilen und zog mit dieser nach Mansfeld, ohne Waffen zu tragen. Lorenz, ein nervenschwacher und an Krämpfen leidender Mensch, hat an dem Zuge teilgenommen. In der Verhandlung beklagte er sich bitter darüber, daß er in der Artilleriekaserne von Sipoleuten aufs scheußlichste mißhandelt worden sei. Als er sich beim Untersuchungsrichter darüber beschwerte, erklärte ihm dieser: **„Ja, was wollen Sie denn, im Mittelalter sind solche Leute aufgehangen worden! Seien Sie stille!"** Zwei als Belastungszeugen auftretende junge Leute, Sopeak und Storch, die Lorenz beschuldigten, Sprengstoff getragen zu haben, sind ebenfalls in fürchterlichster Weise mißhandelt worden. Storch mußte zugeben, daß sie in der Kaserne zu den belastenden Aussagen gezwungen worden sind, sonst hätten sie „noch mehr Dresche gekriegt". Die Mißhandlungen geschahen mit einem Ochsenziemer, den die Sipoleute den Unglücklichen vorher mit den Worten: „Hier riech mal dran!" unter die Nase hielten. Als der Verteidiger das Gericht bat, den Angeklagten zu befragen, ob er gleichfalls in der Kaserne mißhandelt worden sei, beschloß das Gericht, die Frage nicht zuzulassen, sondern ihm anheimzugeben, Anzeige beim Staatsanwalt zu erstatten. „Die Erörterung dieses Punktes wollen wir hier lieber vermeiden!" meinte der Vorsitzende. Lorenz lag wegen einer Verwundung im Lazarett, aber trotzdem wurde er mißhandelt. Als der Vorsitzende ärgerlich meinte, es könne so nicht weitergehen, daß man einseitig Dinge zur Sprache bringe, und man sich lieber, nach dem alten deutschen Spruche: „Man höre beide Teile!" richten wolle, sagte der Angeklagte: „Das hat der Leutnant Fischer von der Sipo nicht getan, denn als ich mich auf die ungerechten Anschuldigungen verteidigen wollte, stand neben mir ein Zeitfreiwilliger mit der auf mich gerichteten Pistole und Fischer schrie mich an: **„Aas, halt die Schnauze!"**

In der Verhandlung konnten die beiden Zeugen die ihnen von der Sipo abgepreßten Aussagen nicht aufrechterhalten; sie gaben auch zu, daß der Angeklagte 48 Stunden hungern mußte, während sie sofort gutes Essen und bessere Behandlung bekamen, sobald sie die gewünschte „Wahrheit" aussagten. Die Sipo hat den beiden trotzdem nicht die richtige Uebereinstimmung eingebläut, weshalb sie sich fortgesetzt widersprachen und unvereidigt bleiben mußten. Der Vorsitzende, den der Zustand des kranken Lorenz nicht rührte, meinte zu S., als ihn der Verteidiger in die Enge trieb: „Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen. Wenn Sie nicht mehr können, machen wir eine kleine Pause für Sie!" So vornehm wird man behandelt, wenn man Belastungszeuge ist. Lorenz erhielt zwei Jahre Gefängnis, der Sanitäter Tempelhof 9 Monate.

Wie lange soll diese Justizschande noch währen?

Sie wollen nichts ernten

Der offizielle Saatenstandsbericht für Preußen, der jüngst veröffentlicht wurde, bot ein verhältnismäßig günstiges Bild. Das ärgert die Agrarier, die es lieben, der Oeffentlichkeit „notleidend" zu erscheinen. Sie haben darum einen ihrer Getreuen, den Abg. Schiftan von der Deutschen Volkspartei, mit einer kleinen Anfrage im Landtag vorgeschickt, die in knappen Sätzen ein gräßliches Elendsbild der Landwirtschaft zeichnet und das Staatsministerium auffordert, „ohne Verzug" eine Nachprüfung und Berichtigung des Ernteberichts vorzunehmen.

So beugen sie rechtzeitig vor, um unter Berufung auf schlechte Bodenerträge die Konsumenten nach Herzenslust schröpfen und eventuell den Zollschutz für die Landwirtschaft fordern zu können. Nachdem die Preisfestsetzung aufgehört hat, lohnen ja diese Manöver wieder.

Der gesinnungstüchtige Bürger

Wir erhalten ein als „Vertraulich" bezeichnetes Rundschreiben, das zur Bildung eines „Deutschen Bürgerblocks" auffordert. Es wird dabei nicht an eine Zusammenfassung bürgerlicher Fraktionen in den Parlamenten gedacht, sondern an eine außerparlamentarische Aktion erzreaktionären Charakters. Das Wort des „Bürgers" könne, heißt es dort, in den gegenwärtigen wilden Zeiten „nur dann wieder Achtung und Ansehen erlangen, wenn ein festzusammengeschlossenes, gut organisiertes Bürgertum hinter ihm steht", das eine Abwehrorganisation bilden muß.

Seltsam ist nur, daß sich diese Bürger zunächst an die Arbeiter wenden, um ihren Zweck zu erreichen. Mit Hilfe einer Vertrauensmännerorganisation sollen in allen Betrieben „gesinnungstüchtige Arbeiter" ausgebildet werden, „die während der Arbeit sowie gesprächsweise bei jeder Gelegenheit radikalen Hetzern die Unsinnigkeit ihrer Behauptungen nachweisen und die Arbeiter von unüberlegten Handlungen abhalten."

Daneben soll — es wird noch schöner — eine Spitzelorganisation ins Leben gerufen werden, deren Satzungen so lauten:

> „Gesinnungstüchtige Arbeiter werden zur Ueberwachung verdächtiger Elemente usw. herangebildet. Ferner werden bei allen Parteien usw. Vertrauensmänner gewonnen, die alle bedeutsamen Pläne und wichtigen Beschlüsse auskundschaften und den maßgebenden Stellen zur Kenntnis bringen."

Ueberwachung verdächtiger Personen und Auskundschaftung und Denunziation wichtiger Beschlüsse aller Parteien — offener kann man den Charakter einer Spitzelbande nicht zugestehen. Neu ist also an dem Unternehmen nur, daß sich hier eine Spitzelschule auftun soll, denn die auserwählten Arbeiter sollen zu solcher „Gesinnungstüchtigkeit" ausgebildet werden.

Eine „Gewerkschaftsmäßige Organisation" — zu deutsch: gelbe Sippe — soll nach folgendem Plane gebildet werden:

> Diese wird in allen Provinzen durch Bildung von a) Provinzialausschüssen, b) Bezirksausschüssen, c) Ortsgruppen, d) Fachgruppen, durchgeführt. Alle diese Gruppen erhalten ihre Anweisungen von der Zentrale Berlin. Sie werden Mitglieder und haben diese dauernd über alle Vorkommnisse zu unterrichten. Sie sind verpflichtet, mindestens einmal im Monat eine Versammlung abzuhalten. Ueberhaupt ist das Zusammengehörigkeitsgefühl durch gesellige Abende, Ausflüge, Vorträge usw. zu fördern.

Die Krone des Ganzen aber bildet eine „Schutzorganisation" des blutigen Terrors, und zwar nach folgenden Richtlinien:

> Für den Fall eines Aufrufes sind bei den Ortsgruppen Schutzorganisationen gebildet (unbewaffnet), die sich den gesetzlichen Behörden sofort zur Verfügung stellen.

Nun braucht uns die Kenntnis von solchen Absichten weder aufzuregen, noch brauchen wir sie zu fürchten. Die Arbeiterschaft kann durch solche Einschätzung ihrer „Gesinnungstüchtigkeit" von dieser Seite nicht einmal beleidigt werden. Interessant ist dieses Schriftstück nur als Merkmal der moralischen Beschaffenheit dieser „Bürger". Eine Gesellschaft von so niedriger Gesinnung ist der Arbeiterschaft nicht gewachsen, geschweige denn überlegen.

Aber begründet wird das Vorgehen der „Bürger" damit, daß die Regierungen des gegenwärtigen Deutschlands dem Bürgertum keinen ausreichenden Schutz angedeihen lassen. Der Terror der Massen mußte abgewehrt werden. Das mußte gerade im Augenblick der Mordtat an Gareis gesagt werden, um die Sache vollends lächerlich, aber auch um so nichtswürdiger und niedriger erscheinen zu lassen. Unterschriften trägt das Schreiben nicht. Es hat also keinen gegeben, dessen „Gesinnungstüchtigkeit" ausreichte, um die persönliche Verantwortung für die ganze Schmutzerei zu übernehmen.

Triumph der Scharfmacher

Schichau öffnet die Tore — Gelbe Verräter

Mit Hilfe der Subventionsmillionen aus Reichsmitteln und des Rechtsbruches durch die Elbinger Justiz ist es den Schichaudirektoren gelungen, soviel Arbeiter mürbe und — „gelb" zu machen, daß sie die Tore des Werkes wieder öffnen können. Geduldige Eunuchen, die keine Lohnzulage fordern, werden in das Werk einziehen. In einer hohnvollen Bekanntmachung, die in der Elbinger Presse erscheint, teilt die Firma mit, daß die große Zahl von Gesuchen um Beschäftigung sie veranlasse, „die Wiederaufnahme der Arbeit zu erwägen". Frühere Arbeiter aus dem Betriebe, die bereit sind, fleißig zu arbeiten und sich ordnungsmäßig zu führen (Demonstrationen werden unter keinen Umständen geduldet), können sich schriftlich melden.

Gleich neben diesem Inserat erscheint in den Blättern ein zweites, das eine protzige Kundgebung der Gelben darstellt. Das gelbe Gebilde nennt sich „Wirtschaftliche Vereinigung der Schichau-Arbeiter" und es rempelt in dem Inserat den Kontrollausschuß der Streikenden an. Sie stelle sich nicht unter seine Fuchtel. Selbständig denkende und ordnungsliebende Arbeiter müßten sich der Vereinigung anschließen, um die Gewerkschaften an der Fortführung des Kampfes zu hindern.

Diese Sprache kennt man und an ihrem Ton ist zu ermessen, mit welcher Geistesrichtung es die Arbeiterschaft hier zu tun hat. Neu ist in der Sprache und Argumentation der Gelben nur dieses:

> „Zu den gelben Organisationen, oder, wie sich der Kontrollausschuß ausdrückt, gelben Schmarotzerpflanzen, gehören **nach einer Bekanntmachung des Exekutivkomitees der Dritten Internationale (Moskau) die sozialistischen Gewerkschaften,** was letztere nicht hindert, bei der jetzigen Bewegung Arm in Arm mit den Kommunisten zu gehen."

So heißt es in der Veröffentlichung der neuen „Wirtschaftlichen Vereinigung". Also auch Gelbe können sich auf Moskau berufen. Das zeigt, wie sich die maßlose Verleumdung der Gewerkschaften durch die Kommunisten schließlich auswirkt.

Der Regierung aber muß noch einmal sehr ernsthaft gesagt werden, daß sie nicht mitansehen darf, daß die Werften die Unterstützungen aus Steuermitteln benützen, um Aussperrungen vom Zaune zu brechen und die Produktion lahmzulegen. Sie muß Gelegenheit bekommen, ihren Standpunkt zu dieser Frage im Reichstag darzulegen.

Annahme der Resolution Porter

Washington, 13. Juni.

Das Repräsentantenhaus hat mit 305 gegen 61 Stimmen die Entschließung Porter angenommen, die den Kriegszustand mit Deutschland und Oesterreich beendet, ohne, wie die Entschließung Knox, die Kriegserklärung zu widerrufen. Die Angelegenheit geht nun an den Verhandlungsausschuß der beiden Häuser.

Exotische Kunst

Von Ludwig Hilberseimer

Gen. Hilberseimer hat hier bereits in einem Artikel über die schwarze „Schmach" (Abendblatt, 4. März) zum exotischen Problem Stellung genommen. Der folgende Artikel versucht, die wichtigsten Gesichtspunkte beim Betrachten exotischer Kunst im Völkerkundemuseum darzulegen. So kann er geradezu als einführender Vortrag zum Besuch dieses bedeutsamen Berliner Museums betrachtet werden. Ueber die Absichten, die rein wissenschaftlichen Teile des Völkerkundemuseums von den künstlerischen, allgemein interessierenden zu trennen, haben wir schon öfters berichtet.

Die Werke der exotischen Völker dienten im allgemeinen nur der ethnologischen Forschung (Völkerkunde) als Material für die damit zusammenhängenden Studien. Eifriger Sammeltrieb hat so in den ethnologischen Museen Europas, neben dem rein wissenschaftlichen Material auch die Kunstschätze exotischer Völker zusammengebracht, wodurch diese Museen mehr und mehr von wissenschaftlichen Studienanstalten zu Stätten künstlerischer Offenbarung wurden. Als solche sind sie ein wichtiges Mittel zum Verständnis der uns fremden Rassen. Leider ist diese Tatsache von den Leitern dieser Museen noch nicht erkannt. Ueber eine Registrierung und wissenschaftliche Ordnung des Materials ist man noch nirgends hinausgegangen. Auch am Berliner Völkerkunde-Museum noch nicht. Es ist an der Zeit, daß hier eine Aenderung eintritt, denn ein ethnologisches Museum, instinktiv nach künstlerischen Gesichtspunkten geordnet, steht mit Museen für europäische Kunst durchaus auf der gleichen Höhe.

An diesem Zustande ist vor allem europäische Selbstüberschätzung schuld. Der Europäer glaubt, er vertrete den einzig möglichen Menschentyp. Hält seine Rasse für die Krone der Schöpfung, glaubt daher auf alle farbigen Rassen geringschätzig herabblicken zu dürfen. Nach und nach ist er vielleicht dazu gekommen, die Kunst dieser andersfarbigen Rassen zu schätzen. Aber mit ihnen selber will er nichts gemeinsam haben. Er ist mit primitiver Selbstverständlichkeit von ihrer Minderwertigkeit überzeugt.

Einige Maler erkannten den hohen ästhetischen Wert der exotischen Kunstwerke, sowohl der Fetische und Ahnenbilder, wie der Waffen und Geräte. Ihre plastische und ornamentale Gestaltung wurde vorbildlich für die neue europäische Kunst. Besonders die afrikanische Plastik wurde hoch geschätzt. Ihre Herbheit, gepaart mit ihrer Formengröße, war Ursache ihres umfassenden Einflusses. Sie steht ja auch innerhalb der exotischen Kunst an erster Stelle. Ihren einfachen, geschlossenen Formen steht die Vielfalt und Variabilität ozeanischer Ornamentik gegenüber, deren groteske Phantastik lebhaft zu ihrer Formenstrenge kontrastiert. Sehnsucht nach Ursprünglichkeit und Einheit, die die Kunst der Exoten in grandioser Weise verwirklicht, ist wohl die Hauptursache der Schätzung dieser vollkommenen Werke. Denn die neue europäische Kunst strebt wieder nach Erreichung solchen Ziels. Sie will über einengenden Formalismus hinaus, vom Urquell des Schaffens, zu geschlossener Einheit kommen. Die Intellektuellen Europas berauschten sich an der Schönheit der exotischen Werke. Ihre Fremdheit war ihnen noch ein Reizmittel mehr. Nach und nach hat sich eine förmliche Exoterie entwickelt, nicht unähnlich der Chinoiserie (Chinakult) des 18. Jahrhunderts, freilich mit geringerer Intensität. Außerdem entsprachen die Formen des Rokokos einigermaßen denen des fernen Ostens, was man von den Nützlichkeitsformen unseres Maschinenzeitalters nicht sagen kann. Oder sollten sich hier die Extreme berühren?

So ist diese Exoterie nichts als die dekorative Ausnutzung eines neu entdeckten Formenschatzes. Abgelöst von ihrem Ursprung und von den sie hervorbringenden Menschen, entzückten diese Formen alle Snobs. Den Menschen verachtete man weiter. Bedurfte er doch nicht der Errungenschaften unserer Zivilisation. Die Einfachheit seines Lebens machte ihn bedürfnislos. Uns sind immer noch Wasserklosetts und anderer Komfort, Gradmesser der Kultur.

•

Die Kunst der Exoten geht aus ihrer Religiosität hervor. Sie ist gottesdienstlich bestimmt. Dem Fetischismus, Ahnenkult, Geheimbundwesen und Totemismus verdanken wir die zahlreichen holzgeschnitzten Skulpturen, deren überraschende Prägnanz unsere Bewunderung erzwingt. Die Kunst entspringt dem Bedürfnis, religiösen Vorstellungen und Ideen bildlichen Ausdruck zu verleihen, diese anschaulich zu machen. Daher führt der Weg zum Verstehen der exotischen Kunst über die Mythologie (Götterlehre), deren Vorstellungen das Kunstwerk manifestiert. Die religiösen Ideen beleben die Form, geben der Vorstellung Ausdruck. Sie sind dem Gläubigen Anhaltspunkte der Verehrung. Der Fetischismus hat seine Ursache in der Manifestation überirdischer Kräfte. Geheimbünde haben besondere Riten, die nur den Mitgliedern des Bundes erschlossen sind, ihnen so eine Vormachtstellung sichernd. Der Totemismus beruht auf der Wesensgleichheit der Menschen mit den Tieren. Die einzelnen Stämme, Horden und Sippen leiten ihr Herkommen von besonders geheiligten Tieren in einzelnen Fällen auch von Pflanzen ab. Dieser Glaube ist die reale Voraussetzung der Gestaltung. Wie die Heiligenbilder der katholischen Kirche, werden die religiösen Werke in großer Anzahl hergestellt. Dem Gläubigen sind sie Symbol. Uns ist die Gestaltung wesentlich. Die Fähigkeit, zur formalen Geschlossenheit zu kommen, die vom Grade der Intensität abhängig ist. Denn Intensität ist der einzige Gradmesser. Mit der Fähigkeit, Bedingnisse zu überwinden, schafft sie das große Werk. Werke, die überzeitlich und allgemein menschlich sind.

Den exotischen Völkern blieb die Auswirkung ihrer Kräfte in zivilisatorischen Erscheinungen erspart. So ist auch noch heute ihre gesamte Schöpferkraft auf die Hervorbringung ritueller Werke gerichtet, wenn auch die Ursachen geschwächt im Bewußtsein wurzeln und durch die Tradition in ihrer Wirksamkeit teilweise aufgehoben sind.

So wurzeln die Voraussetzungen der exotischen Kunst unmittelbar im Religiösen. „Die Mannigfaltigkeit der Gefühle, die aus dem religiösen Bewußtsein entsteht, ist unendlich, und alle sind sie neu, weil das religiöse Bewußtsein nichts anderes ist, als die Andeutung einer neuen werdenden Beziehung des Menschen zu der Welt." (L. Tolstoi.) Formgewordener Ausdruck dieser Gefühle ist das Kunstwerk. Es ist ebenso mannigfaltig wie diese Gefühle selbst. Und immer neu wie die Beziehungen des Menschen zur Welt. Schaffen ritueller Symbole ist Aufgabe der Kunst. Wie in Indien und China, wo der Brahmaismus und Buddismus Ursache zu umfassenden Kunstschöpfungen wurde, oder in Europa das Christentum: die Schöpfungen frühchristlicher, romanischer und gotischer Zeit und die von Byzanz und Rußland, so ist auch bei den Exoten Religiosität die treibende Kraft, den Gläubigen Symbole der Gottesverehrung zu schaffen.

Was die exotischen Werke vor allem auszeichnet und was sie, wie alles dem religiösen Bewußtsein Entspringende, untereinander gemeinsam haben, ist ihr allgemein Verpflichtendes, ihr Ueberpersönliches. Ihnen liegt kein zersetzender Individualismus zu Grunde, wie der europäischen Kunst seit der Renaissance, die das Göttliche mehr und mehr verdrängte und das Menschliche in den Vordergrund stellte. An Stelle der Religiosität wurde artistische Genußsucht Ursache zu Kunstschöpfungen. Man betrachtete die Kunst als etwas Selbständiges. Machte sie unabhängig vom religiösen Leben. Sie verlor dadurch unendlich verschiedenartigen, tiefen religiösen Inhalt. Wurde erklügelt und berechnend.

Durch den Verlust ihres Inhalts wurde die Kunst zur Formenspielerei. Wurde auch nur formalistisch gehandhabt. Mit unglaublicher Routiniertheit. Rein materialistisch. Jede Verantwortlichkeit fehlte. Aber ein Kunstwerk ist nur dann ein Kunstwerk, „wenn es ein neues Gefühl (wie unbedeutend es auch sein mag) in den Kreislauf des menschlichen Lebens fügt." (L. Tolstoi.)

Der Urmensch steht der Welt als einem Chaos in haltloser Erschrockenheit gegenüber. Was wir Kunst nennen, ist ihm ein Mittel, Unfaßbares in Faßbares abzugrenzen. Aus spontaner Intensität heraus. So entstehen die Werke, die elementaren Ereignissen gleich, erschüttern. Unbegreifliches begreifbar, Form werden lassen.

Der Urmensch fürchtet die Natur. Sie ist ihm unbegreiflich. Fassungslos steht er der elementaren Gewalt ihrer Ausbrüche ge-

Der Prozeß gegen Max Hölz

2. Verhandlungstag

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsrat **Braun** werden die zu heute geladenen Zeugen aufgerufen. Der Aufruf ergibt wieder das Fehlen mehrerer ordnungsmäßig geladener Zeugen.

Verteidiger Rechtsanwalt **Hegwisch** kommt nochmals auf die s. Zt. erfolgte **öffentliche Auslobung einer Belohnung** für Zeugen zu sprechen, welche gestern Gegenstand lebhafter Kontroversen zwischen den Verteidigern und der Staatsanwaltschaft geworden war. Der Verteidiger teilt mit, daß ihm diese Bekanntmachung jetzt im Original vorliege und der Text u. a. lautet: „Für aufklärende Mitteilungen, **die zu einer Verurteilung des Hölz führen**, setze ich eine Belohnung von 50 000 M. aus". Hierin liege eine gewisse Beeinflussung der Zeugen. — Staatsanwaltschaftsrat **Dr. Jaeger** bestreitet dies. Die Behörde sei gezwungen gewesen, um ein lückenloses Bild von den ganzen Straftaten zu gewinnen und um die Angst vieler Leute vor terroristischen Racheakten, wenn sie die Wahrheit sagen würden, zu beseitigen, eine Belohnung auszusetzen. Rechtsanwalt **Hegwisch** bemerkt hierzu, daß der Staatsanwalt wahrscheinlich anderer Meinung sein würde, wenn die Verteidigung jetzt eine Belohnung von 100 000 M. aussetzen würde, **um Entlastungszeugen für Hölz** zu gewinnen. — Im Anschluß hieran kommt es zu längeren Verhandlungen über die Ausdehnung der Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt hatte angeregt, diese dadurch etwas einzuschränken, daß das Gericht verschiedene von der Verteidigung aufgestellte Behauptungen als wahr unterstellt und sich dadurch die Ladung neuer Zeugen aus Mitteldeutschland erübrige.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, den Zeugen **Bönnike** wegen Verdachts der Teilnehmerschaft **nicht zu vereidigen**. Ferner wurde beschlossen, die von der Verteidigung beantragte Ladung dreier Sipobeamten abzulehnen, da es das Gericht als wahr unterstelle, **daß Hölz in Eisleben versucht habe, Blutvergießen zu verhindern.**

Hölz selbst ersucht nochmals, die drei Zeugen zu laden, da er durch diese beweisen wolle, daß er es gerade verhindert habe, daß die erregten Arbeiter die drei niederknallte. „Wenn das Gericht", so fährt Hölz fort, „diesen Antrag ablehnt, so muß ich annehmen, **daß das Gericht sich an dem Plan,**

künstlich Morde gegen mich zu konstruieren,

beteiligen will." Vorsitzender: Was Sie da reden, ist ein ganz falscher Schluß. Wir haben hier nur zu verhandeln, was die gegen Sie behauptete Anklage Ihnen vorwirft, Herr Hölz, weiter nichts. Staatsanwaltsrat Dr. **Jaeger** beantragt dann, einen Zeugen **Schöttler** zu laden, der bekunden wird, daß nicht Hölz, sondern er es war, der die Arbeiter davon abgehalten hat, die drei Sipoleute zu erschießen.

Fortsetzung der Beweisaufnahme.

Der erste Zeuge, Landjäger **Schippa** aus Helbra, macht nur unwesentliche Aussagen. — Zeuge Hilfsprediger **Schröder** aus Toitschenthal war am 23. März mit der Bahn nach Eisleben gefahren, um seine Mutter zu besuchen. Er wurde auf der Straße durch ein lautes „Halt" zum Stehenbleiben gezwungen. Ein Mann fragte ihn: „Wie heißen Sie?" Als Zeuge seinen Namen und Stand nannte, erklärte der Mann: **„Du bist verhaftet! Du bleibst als Geisel. Sobald ein Arbeiter erschossen ist, wirst du auch niedergeknallt!"** Der Mann rief zwei bewaffnete Leute heran, welche ihn an eine Ecke stellten und bewachten. Der Mann, der ihn verhaftet hatte, kam später wieder zu ihm und fragte: Kennst du mich? Zeuge: Nein. Der Mann: Ich bin Max Hölz! Weißt du nun, wer ich bin? Ne nette Bekanntschaft, was? In diesem Augenblick, so erzählt Zeuge Schröder weiter, wurde dem Hölz gemeldet, daß am Markt ein Mann am Fenster stehe und spioniere. **Hölz zog seinen Revolver und gab kaltblütig vier Schüsse ab.** Es entstand dann ein Gedränge, bei dem mehrere junge Leute ihm sagten: „Mach doch, daß du weg kommst, kratze doch aus!" Ich wollte nicht weglaufen, weil ich dachte, daß man dann auf der Flucht auf mich schießen werde.

Sie lügen wie die Teufel

Die Kommunisten nämlich. Obwohl wir die Ignoranten in der „Roten Fahne" schon einmal in aller Freundschaft darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Chauvinist Havelock Wilson mitsamt seiner Seemannsorganisation nicht zur Amsterdamer Internationale gehört, bringt ihn dieses Blatt von neuem mit Amsterdam in Verbindung. Daß der Kampf der Hafenarbeiter um die Transportunterbindung im Kohlenstreik durch die Organisation Wilsons gestört und verraten werden würde, war von vornherein sicher. Denn für solche Zwecke ist diese Organisation da. Bevin und Wilson haben diese Handlungsweise jetzt in einer Verbandstagung verteidigt, und darüber erhebt die „Rote Fahne" ein gewaltiges Geschrei. Und sie schiebt die ganze Gemeinheit Wilsons der Amsterdamer Internationale in die Schuhe, was sich jetzt, nachdem diese traurigen Gesellen von uns erfahren haben, wer Wilson ist und wo er steht, als bewußte Täuschung der Arbeiterschaft darstellt.

Führer und gewöhnliche Revolutionäre

Ein Beitrag zur kommunistischen Moral

Uns wird geschrieben:

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat in der ungarischen Nationalversammlung einen Brief Bela Khuns erwähnt, in dem dieser im Namen der Dritten Internationale die ungarischen Emigranten auffordert, **selbst unter Lebensgefahr nach Ungarn zurückzukehren, um dort geheime bolschewistische Organisationen auszubauen.** Die „Rote Fahne" von Berlin gibt in ihrer Abendausgabe vom 3. d. M. auch diesen Teil der Bethlenschen Ausführungen zurück und knüpft an sie den folgenden Kommentar: „Die ungarischen kommunistischen Emigranten sollen von ihm (d. h. von Bela Khun) aufgefordert sein, nach Ungarn zu gehen, wo sich nicht einmal pazifistische Elemente der Sozialdemokratie anders als unter sicherer Todesgefahr blicken lassen dürfen. Und so schön der Appell an die Revolutionäre Bela Khun (der sich jetzt in Moskau befindet) in den Mund gelegt wird, so genau wissen doch die kommunistischen Arbeiter, **daß es sich dabei um einen abgeseimten Schwindel handelt. Bela Khun wäre der erste, der sich selbst nach Ungarn begäbe, wenn er die Zeit für reif hielte."**

Die Berliner „Rote Fahne" mutet also die Gewissenlosigkeit und Feigheit, sich außer Schußweite zu halten und andere in den sicheren Tod zu schicken, Bela Khun nicht zu. Das beweist nur, wie schlecht die „Rote Fahne" ihre ungarischen Verbündeten, die ganze Meute um Bela Khun, Bela Szanto, Georg Lukacs und wie sie alle heißen mögen, kennt. Denn all das, was Graf Bethlen vorgelesen hat, hat Bela Khun tatsächlich geschrieben, nur nicht in einem Briefe, sondern in einem Zeitungsartikel, der zuerst gedruckt wurde in der Moskauer ungarischen kommunistischen Zeitung „Vörös Ujsag" und dann in vielen ungarischen kommunistischen Zeitungen, die in den Nachfolgestaaten erscheinen. Bela Khun erklärt in diesem Artikel, daß, wenn jemand bis zu 100 Prozent gefährdet ist, wie z. B. er und seine Getreuen, man von ihm nicht fordern könne, daß er nach Ungarn zur Parteiarbeit gehen möge; betrage aber die Gefährdung nur 80 oder 90 Prozent, dann müsse man eben dieses Risiko auf sich nehmen. Man sieht, dieser Herr Khun ist ein sehr vorsichtiger Revolutionär. Er wählt die Grenze, wo man schon horthyreif ist, so, daß seine werte Person jedenfalls außer Spiel bleibt, möchte aber mit der größten Gelassenheit und Seelenruhe das Leben anderer für die „Idee" aufopfern.

Dabei möchten wir noch zu bedenken geben, daß hier in der Zeitung früher mitgeteilt wird, daß zur illegalen Organisation Kommunisten nach Ungarn geschickt werden, so daß die Schergen Horthys aus dieser Zeitung es früher erfahren haben, als sogar die Betreffenden, die durch das Machtwort Khuns auf die Schlachtbank geschickt werden sollten! Seit dem Erscheinen dieses Artikels sind Hunderte von Unschuldigen in Horthyungarn ins Gefängnis und in die Internierungslager geworfen worden, mit der Begründung, daß sie die in der Zeitung angezeigten Emissäre Bela Khuns sind. Die Gewissenlosigkeit und das unverantwortliche Herumwerfen mit dem Leben der anderen war in diesem Fall so groß, daß es sogar den ungarischen kommunistischen Emigranten in Wien zu toll schien. Sie haben eben eben wegen dieses von Bethlen vorgelesenen Artikels bei dem Moskauer Exekutivkomitee Klage gegen Khun geführt und es ist darob eine Krise in der ungarischen kommunistischen Emigration ausgebrochen, deren Austragung bei dem jetzigen Kongreß in Moskau versucht wird.

Man sieht, die „Rote Fahne" ist nicht sehr gut informiert über die Interna ihrer Partei und außerdem hat sie keine blasse Ahnung, was die ungarischen Abenteurer vom Schlage Khuns vermögen, wie feig und vorsichtig sie sind, wenn es sich um ihre eigene Haut handelt und wie wagemutig und unbedenklich sie vorgehen, wenn es „nur" dem Leben der anderen gilt. Bela Khun, der durch die wirklich mustergültige Umsicht der österreichischen Sozialdemokraten sein Leben erretten konnte und einige Monate hindurch wie in einem Sanatorium untergebracht war, hat es mit seinem Ehrgefühl vereinbart, dieselben österreichischen Sozialdemokraten als die Saboteure des Asylrechtes anzugreifen! Derselbe Mann, der jetzt in Sicherheit und Würden in Moskau sitzt, schickt nun, nachdem er es früher in den Zeitungen mitteilt, damit der Feind es ja rechtzeitig erfahre, einfache Arbeiter und Kommunisten in den sicheren Tod. Es ist wohl das schlimmste Urteil über Bela Khun, daß die „Rote Fahne" es als eine Verleumdung der Horthyregierung ansieht, was er tatsächlich getan hat! Und wir können der „Roten Fahne" mitteilen, daß Bela Khun, der niemals ein Freund der gefahrvollen Situationen war, nicht früher nach Ungarn zurückkehren wird, bis die von ihm angegeiferten Sozialdemokraten eine Amnestie auch für ihn erwirken werden.

Der ungarische Ministerpräsident — rumänischer Staatsangehöriger!

Es dürfte eine nachgerade bekannte Tatsache sein, daß bei denjenigen Kreisen, die sich auf ihre „nationale" Gesinnung etwas zugute tun, besonders auch bei der Aristokratie, der Patriotismus regelmäßig sein Ende findet, wenn die Interessen des Geldbeutels gefährdet sind. Ueber einen kaum glaublichen, aber verbürgten Fall, der diese Tatsache treffend illustriert, berichtet die in Wien erscheinende „Bécsi Magyar Ujsag". Danach hat der jetzige ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, in dem ehemals ungarischen Siebenbürgen große Besitzungen, für die er an den rumänischen Fiskus 70 000 Lei Steuern zu entrichten hätte. Da aber nach rumänischem Gesetz für ausländische Staatsangehörige der dreifache Steuersatz gilt, veranschlagte die Steuerbehörde ihn mit 210 000 Lei. Darauf erschien der Rechtsbeistand des Grafen bei der rumänischen Behörde in Klausenburg und erklärte zu allgemeinem Erstaunen aller Anwesenden, Graf Bethlen könne nicht als Ausländer angesehen werden, da er durch den Frieden von Trianon als Klausenburger Bürger automatisch rumänischer Staatsangehöriger geworden sei und bisher von seinem Recht, für Ungarn zu optieren, keinen Gebrauch gemacht habe.

Der Klausenburger Steuerbeamte, in dessen Kopf es nicht hinein wollte, daß der ungarische Ministerpräsident rumänischer Staatsangehöriger sei, berichtete über den Vorfall seiner vorgesetzten Behörde nach Bukarest, und so kam die ganze Sache in die Oeffentlichkeit. Graf Bethlen will sich jetzt selbstverständlich damit herausreden, daß sein Klausenburger Rechtsbeistand auf eigene Faust vorgegangen sei, ohne zu seinem Schritte ermächtigt zu sein, er hat aber bisher über die wahre Lage seiner Staatsangehörigkeit noch keine Klarheit verschaffen können. Der ungarische Ministerpräsident als rumänischer Staatsangehöriger — das ist allerdings eine beispiellose Groteske, die als größte Clownerie des Horthy-Zirkus verzeichnet zu werden verdient.

Verbandstag der Holzarbeiter

k. Hamburg, den 10. Juni.

In seinem großen Referat über „Gewerkschaftliche Zeit- und Streitfragen" ging Tarnow davon aus und führte eine Reihe von Beispielen dafür an, daß man über eine ganze Reihe der heute aufgetauchten und die Arbeiterbewegung zerspaltenden und schwächenden Streitfragen sich auch schon früher in der Bewegung unterhalten habe. Alle diese Streitfragen erscheinen nur in neuer Aufmachung, ohne an Gehalt gewonnen zu haben. Trotzdem verschreiben sich die Kommunisten zur Idee, daß es nur notwendig sei, die politische Macht zu erobern, um die Arbeiterschaft zu befreien, eine Auffassung, die in Rußland praktisch Schiffbruch erlitt.

Redner legte Richtlinien vor, in welchen er sich gegen die kommunistische Keimzellenbewegung wandte, und erklärt sich weiter zur parteipolitischen Neutralität, ohne damit den Verzicht auf sozial- und wirtschaftspolitische Betätigung auszusprechen. Der Verband darf nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden. Die organisatorische Trennung der Verbandsmitglieder nach politischen Fraktionen zerstört die für den gewerkschaftlichen Kampf

unerläßliche Geschlossenheit

und ist unvereinbar mit dem Geist des Verbandes und dem Wortlaut des Statuts.

Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften heißt es, daß **„die Zeit noch nicht für gekommen erachtet wird, um auf die Benutzung der Arbeitsgemeinschaften verzichten zu können".**

Ein weiterer Abschnitt empfiehlt Maßnahmen zur Anbahnung des in der Zukunft liegenden Uebergangs zu Industrieverbänden. Es wurde sofort beschlossen, das Referat den Delegierten möglichst schnell im Wortlaut zukommen zu lassen.

Müller-Halle führte aus, er wolle nicht versuchen, für sich den Anspruch zu nehmen, das allein seligmachende Rezept in der Tasche zu haben. Tarnow müsse beweisen, daß tatsächlich eine gewerkschaftszerstörende Arbeit der Kommunisten festgestellt werden kann. Auch die Arbeit der drei ausgeschlossenen Mitglieder (Lieske, Schnetter u. a.) sei nicht gewerkschaftsfeindlich gewesen. Müller erklärt sich als Anhänger der Gewalt und will nicht, daß die Gewerkschaften die Prostituierten der Unternehmerorganisationen werden sollen. Die Kommunisten wollen nicht aus den Gewerkschaften austreten, sie wollen sie vielmehr umgestalten zu Werkzeugen der sozialen Revolution. Sie bilden sich auch nicht ein, morgen schon den Sozialismus aufbauen zu können, und man solle sie nicht wegen ihrer ehrlichen Ueberzeugung unterdrücken, auch nicht in den Gewerkschaften.

Stöver-Düsseldorf wendet sich gegen Tarnow, der nicht vorurteilslos an die Bestrebungen der Kommunisten herantrat. Redner wendet sich gegen die Argumentation für die Arbeitsgemeinschaften und erklärt: Die Arbeitsgemeinschaften müßten Platz machen dem Wirken der Betriebs- und Bezirksräteorganisation und des Reichswirtschaftsrates. Wir lehnen ab, gemeinsam mit den Kommunisten Zersplitterung zu betreiben, werden aber innerhalb der Gewerkschaften revolutionierend wirken.

In der weiteren Diskussion verwarfen noch Horn und Meier-Berlin, sowie Freiberger-München die Arbeitsgemeinschaften und plädierten in der kommunistischen Frage insbesondere für

Duldsamkeit.

Demgegenüber wurde von Diebler-Freiberg, Kunke-Breslau, Kellermann-Stuttgart, Schlüter-Bremerhaven, Wendler-Köln der Standpunkt vertreten, der Verband sei mit dieser Duldsamkeit bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Insbesondere wurde auch gegen die U. S. P. D.-Redner ausgeführt, daß sie die Geburtshelfer der kommunistischen Zellenarbeit gewesen seien.

Graßmann, als Vertreter des A. D. G. B., führte u. a. aus, die Arbeitsgemeinschaften seien nicht der Weisheit letzter Schluß, seien nicht das Mittel, sondern eines der vielen Mittel, deren wir uns bedienen, solange sie uns gewerkschaftliche Erfolge versprechen. Das sei vorläufig noch der Fall. (!)

Im Schlußwort beschäftigte Tarnow sich eingehend mit den Auffassungen der Debatteopposition und betonte, daß der Vorstand die nun zu fassenden Beschlüsse des Verbandstages in dieser Frage strikte handhaben werde.

Bei der folgenden Abstimmung wurde die Resolution Tarnows, die einzelnen Abschnitte sogar mit großer Majorität, angenommen.

---

gegenüber. Ihron Wundern: Dem Leben, dem Tode. Er ahnt Gewalten, denen er sich versöhnen zu müssen glaubt. So erfindet er sich den Gott, die Götter. Schafft sich mit deren Bildern Symbole der Andacht und des Schutzes. Beruhigende Zeichen seinem Innern. Schafft sich einen Ritus gesetzmäßigen Verhaltens. Eine Organisation des Lebensablaufes. Des diesseitigen und jenseitigen.

So macht er sein ganzes Leben, sein ganzes Tun zu einem Gottesdienste. Seine Werke tragen die Spuren tiefen religiösen Erlebens. Sind Zeugnisse konsequenter Einheit. Dokumente eines Lebens aus dem Urbewußtsein. Eines Lebens unter einer allumfassenden Gottheit.

Der Glaube an Unbedingtes entspricht dem Vollgefühl aus dem allein ein kosmisches Werk erwachsen kann. Der Gestalter scheidet aus als Person. Sein Werk ist überpersönlich. Greift über ihn hinaus.

Der primitive Mensch repräsentiert diesen Typ. In exotischen Ländern hat er sich am reinsten erhalten. Die Negerstämme Afrikas, die Insulaner Ozeaniens bringen ihn heute noch hervor.

Das Alter der exotischen Werke zu bestimmen, ist überaus schwer. Im Grunde unmöglich. Es fehlen alle Voraussetzungen. Auch die Datierung der Bronzewerke Benins beruht nur auf Vermutung. Infolge der Vergänglichkeit des Materials der Holzschnitzwerke, ist ihr Alter nicht zu hoch anzunehmen. Neben der Zerstörung durch atmosphärische Einflüsse, haben Feuer und Kriege vieles vernichtet. Es kommt aber weniger auf das Alter des einzelnen Stückes, als auf das Alter der Form an. Ihre geheiligten Typen hat uns eine starre Tradition erhalten. Hier steht die exotische Kunst im Gegensatz zu der sich entwickelnden europäischen. Eine tausendjährige Tradition hat ihre Formen erhalten. Wenn sie auch durch häufige Wiederholung an Eindringlichkeit und Leben verloren haben.

Die exotische Kunst repräsentiert über die Gotik hinaus das elementare Gegenspiel zur Kunst der Antike. Sie ist am weitesten entfernt von jenem griechischen Schönheitsideal, das die europäische Kunstentwicklung in so einseitiger Weise beeinflußt hat. Um so bedeutungsvoller ist daher für uns ihre vom Europäismus unabhängige Entfaltung.

Ursprünglich unterscheidet sich die exotische Kunst nicht von anderen Künsten religiöser Herkunft. Ihre elementare Wirkung beruht vor allem auf der Eigenart ihrer Verhältnisse. Sie sind den Proportionen der Antike, die eine gelehrte Erziehung unserem Gesichtsgedächtnis als „unwandelbar" eingeprägt hat, scharf entgegengesetzt. Trotzdem ist die sehr ausgedehnte Skala exotischer Werke vom europäischen Empfinden nicht allzu sehr entfernt. Zunächst ist eine gewisse Unbefangenheit notwendig, um die Kühnheit ihrer Gestaltungen zu empfinden. Aber das gleiche ist zum Verständnis aller Primitiven notwendig.

Münchner Mörder

Eisner, Landauer — Gareis.
Einer nach dem andern!
Wo bleibt die zündende rote Rute?
O daß sie herniederfahre
Aus dem schweren Gewölke:
In dem der proletarische Zorn schwülzitternd kocht!
O daß ein Gewitter die Länder befruchte:
Daß es die harrende Saat mit der roten Erntekrone
freiheitlich schmücke!

Eisner, Landauer — Gareis.
Einer nach dem andern!
Wen trifft es morgen?

Max Dortu

Einstein in London. Am Montag hielt Prof. Einstein in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Saale des Kings College in deutscher Sprache seinen mit Spannung erwarteten Vortrag über die Relativitätslehre. Beim Erscheinen des deutschen Gelehrten erhob sich ein großer Beifallssturm, der sich noch steigerte, als Lord Haldane, der auf dem Rednerpodium zwischen Professor Einstein und dem deutschen Botschafter Dr. Sthamer saß, in seiner Einleitungsrede Einstein als ein Genie des 20. Jahrhunderts bezeichnete und erklärte, die Wissenschaft kenne keine Grenzpfähle. Nach der Vorlesung Einsteins wurde ihm von der Zuhörerschaft eine stürmische Kundgebung dargebracht. — In Berlin forderte bekanntlich der Alldeutsche Lebius zur Ermordung Einsteins auf.

Wieviel Kinos gibt es in Deutschland? Wer jetzt in den großen Städten die zahlreichen Kinos sieht, könnte zu der Annahme versucht sein, ganz Deutschland sei mit Kinos überzogen. In Wirklichkeit ist es aber noch nicht ganz so schlimm. Deutschland hat erst 3736 Kinos in 2104 Orten; das macht im Durchschnitt noch nicht zwei Kinos in jeder Stadt. Allerdings gibt es auch 30 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern, die noch ohne Kino sind. Dagegen haben von den Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern 1219 bereits ein Kino, 319 aber sind noch kinofrei.

Tages-Notizen

Hauptmanns „Weber" werden Montag im Großen Schauspielhaus zum erstenmal aufgeführt werden. Regie: Karlheinz Martin.

Städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters. Heute, abends 8 Uhr, Tanzweisen aus alter und neuer Zeit. Karten an der Abendkasse zu haben.

Ärztliche Gesellschaft für Sexualwissenschaft und Eugenik. Freitag, 7½ Uhr, im Hause des Vereins der Künstlerinnen, Schöneberger Ufer, 38. Max Hirsch: Heiratszeugnis, Eheberatung und Fortpflanzungswarnung. Manfred Fränkel: Die Wirkung der Röntgenstrahlen im Hinblick auf Vererbung und Verjüngung. Mit Projektionen. Gäste willkommen.

Groß-Berlin

Republikanische Majestätsbeleidigung!

Wie uns mitgeteilt wird, kam es am Sonntag im Verlauf der nationalistischen Demonstration im Lustgarten zu einer kleinen politischen Debatte, bei der eine Dame den Ausspruch fallen ließ: „Luxemburg, das alte Frauenzimmer, und Liebknecht, der Judenlümmel". Ein Jugendlicher antwortete darauf:

„Na, und Wilhelm, der Massenmörder?"

Darauf veranlaßte ein Mann die Verhaftung des Jugendlichen. Im Wachraum machte der Wachthabende den Vorschlag, der Jugendliche möge die Beleidigung zurücknehmen, worauf er erklärte, nur wenn auch die Gegenseite dazu bereit ist, würde er es tun. Der betreffende Herr stellte auch Strafantrag gegen den Jugendlichen. Wir haben zu verschiedenen Malen Gelegenheit gehabt, unsere berühmte — Schupo im Straßendienst bewundern zu können. Anläßlich des Stafettenlaufs vor acht Tagen konnten wir erst die unglaubliche Tolpatschigkeit und Unselbständigkeit der Polizei auf der Charlottenburger Chaussee beobachten. Wir hörten auch vielfache Kritiken aus gut bürgerlichem Munde an diesem Tage und sind einigermaßen erstaunt, zu hören, daß die Schupo sich mangels anderer Fähigkeiten ermächtigt glaubt, „Beleidigungen" gegen den flüchtigen Psychopathen auf der Stelle ahnden zu müssen. Dazu ist die Schupo nicht da, und sie möge sich beschränken auf ihre eigentlichen Aufgaben.

Die Alkoholgegner gegen das Alkoholkapital

Eine von mehreren hundert Personen besuchte Versammlung, die unter dem Vorsitz des früheren Abgeordneten Davidsohn tagte, nahm am Montag in der Stadthalle scharf Stellung gegen die Vergeudung von Lebensmitteln durch Verarbeitung von Gerste, Kartoffeln und Zucker zu alkoholischen Getränken. Neben dem Hauptredner, Universitätsprofessor Dr. Niedergall-Heidelberg, sprachen noch mehrere Referenten.

Die Forderungen der Alkoholgegner gingen dahin, daß Regierung, Parlament und Stadtverwaltungen ihre bisherige Rücksichtnahme auf die Interessenten des Alkoholkapitals fallen ließen, das eine Industrie wieder hochbrächte, die das Volk immermehr zur Verelendung führe. Unser Volk besitzt nach seiner Niederlage nichts weiter mehr, als seine Volksgesundheit. Sie wird durch das Alkoholgewerbe systematisch untergraben. Die Regierung darf eine Interessentengruppe, die ihre Dividende auf Kosten der Volksgesundheit zusammenträgt, nicht länger unterstützen, sei es durch Einfuhrerlaubnis für ausländische Spirituosen, Weine oder Biere oder durch weitere Erteilung von Konzessionen, für die kein Bedürfnis vorliegt. Ebensowenig, wie das Kapital geschützt wird, das die Schundliteratur auf den Markt bringt, darf auf das volksfeindliche Alkoholkapital Rücksicht genommen werden. Insbesondere richtete sich die Versammlung gegen die Likörstuben, deren Entstehen in jetziger Zeit eine Schmach ist.

Die Diskussionsredner wandten sich ebenfalls gegen die jetzigen Zustände.

Neue Droschkenkraftwagen

Es sollen leichte vierrädrige Kleinautos in den öffentlichen Dienst eingestellt werden, die mit leichtem Verdeck versehen, nur zwei Fahrgäste aufnehmen können und dabei einen schwächeren Motor führen, als die großen Wagen. Das Ergebnis muß dann etwa das gleiche sein, wie bei den Dreirädern, die Lebensdauer der Wagen wird jedoch vergrößert, so daß die Frage der Wirtschaftlichkeit bei diesen Wagen besser gelöst zu sein scheint als bei den Zyklonetten. Die neuen Wagen, die zurzeit im Bau sind, werden voraussichtlich Ende Juli im Verkehr auftauchen. Sie werden dazu beitragen, die geplante Autoverkehrssteuer, durch den billigeren Zyklonettentarif, leichter tragen zu helfen, wobei die Benutzer immerhin noch etwas billiger fahren, als dies zurzeit der Fall ist.

Protest gegen die Verschleppung der Schulreform. Der Bund entschiedener Schulreformer beruft für Mittwoch, 15. Juni, abends 7½ Uhr in die Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums, Hohenstaufenstr. 47-48, am Untergrundbahnhof Viktoria Luiseplatz, eine öffentliche Versammlung ein. Die beiden Vorsitzenden, Paul Oestreich und Siegfried Kawerau, sprechen über das Reichsschulgesetz und die Reformpläne für die höheren Schulen. Jedermann ist eingeladen.

Die Wiener Lehrerschaft folgt mit lebhafter Aufmerksamkeit dem Berliner Schulkampf, von dem sie nur durch die kurzen Zeitungsnotizen erfährt. Sie hat sich an die „Zentrale der freiheitlichen Elternbeiräte an den höheren Schulen in Groß-Berlin" gewandt mit der Bitte um Uebersendung von Programmschriften, Kundgebungen, Berichten über die Wirkung von Paulsens Aufruf. Da diese Fühlungnahme gleichstrebender Kräfte für unsere Schulbewegung von hoher Bedeutung ist, bitten wir unsere Leser, diesen Wunsch zu unterstützen durch Sendung von Material über die Frage der Gemeinschaftsschule an den Genossen Bauingenieur W. Friedrich, Neukölln, Schierkestr. 44, zur Weiterleitung an die Wiener Lehrerschaft.

Den Bäckereien ist es gestattet worden, neben dem gerösteten Zwieback auch ungerösteten Zwieback (Einback) zu verkaufen. Die Abgabe an das Publikum darf nur nach Gewicht erfolgen. Als Höchstpreise sind festgesetzt worden: für gerösteten Zwieback 5 Mark für ein Pfund, für ungerösteten Zwieback (Einback) 4,30 Mark für ein Pfund. An Brotmarkenabschnitten sind abzugeben: für 500 Gramm gerösteten Zwieback 600 Gramm und für 500 Gramm Einback 500 Gramm. Eine Bekanntmachung über den Verkauf von Zwieback und Einback hängt in jedem Bäckerladen aus.

Auf der Flucht erschossen. Zu der unter vorstehender Ueberschrift am Freitag abend veröffentlichten Notiz schreibt uns die Pressestelle des Polizeipräsidiums, daß der erschossene Haase wegen Einbruchdiebstahls verfolgt wurde und der Kriminalpolizei als ein vor nichts zurückschreckender Mensch bekannt sei. Der Beamte habe fünf bis sechsmal aufgefordert, die Hände hochzunehmen, aber Haase habe sich auf den Beamten gestürzt, erst dann ist von diesem geschossen worden. — Das Gerichtsverfahren wird ja völlige Aufklärung des Vorfalls bringen. Wir werden über die Feststellungen berichten.

Schwerer Straßenunfall. Auf der Neuen Brücke in Spandau wurde gestern der 46 Jahre alte Waffenrevisor Franz Krüber von einem Kraftwagen überfahren. Er wurde mit einer schweren Gehirnerschütterung nach einem Krankenhause geschafft.

Erste diesjährige Oberspreewaldfahrt des Arbeiter-Wandervereins „Berlin" findet am 19. Juni statt. Keine Fußwanderung! Siebenstündige Kahnfahrt über Lehde—Leipa—Eiche—Erlenwald—Kanno-Mühle—Wotschofska—Lübbenau. Abfahrt Sonntag früh 7 Uhr Görlitzer Bahnhof. Teilnehmerkarte 45 M. (Bahn- und Kahnfahrt) bis 16. Juni bei Ohngemach, Kommandantenstr. 88 (Dönhoffplatz), Vereinshaus Wollschläger, Adalbertstr. 21, zu haben.

Verlegung des Arbeits- und Gewerbetages für den Verwaltungsbezirk 17 in das neu errichtete Dienstgebäude, Schreiberhauer Straße, Lichtenberg, findet am Sonntag, 18. Juni, statt. Die Zahlung der Erwerbslosenfürsorge für einen Tag findet bereits am Freitag, 17. Juni, statt. Für den Verkehr mit dem Publikum bleiben die Bureaus der Erwerbslosenfürsorge, des Arbeitsnachweises, der Demobilmachung und Berufsberatung am 18. Juni geschlossen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Etwas wärmer, vielfach heiter aber noch veränderlich, mit geringen Regenfällen und mäßigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Vereinigung der Bankbeamtengewerkschaften

Uns wird mitgeteilt:

Im Lager der gewerkschaftlich organisierten Bankbeamtenbewegung hatte sich im Herbst 1920 eine Spaltung vollzogen, die weit über den Kreis der Bankbeamten hinaus von allen organisierten Privatangestellten lebhaft beklagt wird. Der Vorstand des Afa-Bundes hat sich deshalb bemüht, Einigungsverhandlungen zwischen dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und dem Reichsverband der Deutschen Bankangestellten in die Wege zu leiten. Am Sonntag, den 12. Juni, traten Vorstandsdelegationen der beiden Bankbeamtenverbände zusammen, um unter dem Vorsitz Aufhäuser-Süß vom Afa-Bund die Vorgänge, die zur Spaltung geführt hatten, eingehend zu erörtern und die Möglichkeiten einer Einigung zu prüfen. Nach neunstündigen Beratungen unterbreiteten die Vorsitzenden den beiderseitigen Verbandsvertretungen einen Verschmelzungsvorschlag, zu dem nunmehr die Zentralvorstände des Allgemeinen Verbandes und des Reichsverbandes Stellung nehmen werden, um Ende Juni wiederum zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und alsdann den beteiligten Mitgliedschaften eine Vorlage zur Entscheidung zu unterbreiten.

Wir begrüßen dieses Bestreben, eine Verschmelzung der beiden Bankbeamten-Verbände herbeizuführen, und hoffen, daß dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein wird.

Buchbinderei-Angestellte. Am 13. Juni fand in den Sophiensälen eine von der „Afa" einberufene öffentliche Versammlung der Buchbinder- und Buchdruckerei-Angestellten statt. Der Referent Meyer von der Afa führte den Versammelten ihre ganze Notlage, die sie zum größten Teil durch Indifferenz und Ueberhebung ihrer Klasse selbst verschuldet haben, vor Augen. Er schilderte die Verhandlungen mit den Unternehmern, die statt Lohnaufbau Lohnabbau vornehmen wollen und zu keinem Entgegenkommen bereit seien. Der angerufene Schlichtungsausschuß sei, ohne einen Schiedsspruch zu fällen, auseinandergegangen, und dank der Uneinigkeit der Angestellten, die den Unternehmern bekannt sei, ist ein Streik unmöglich zu empfehlen. Auf die Rolle, die insbesondere der Vorsitzende der G. d. A., Salomonis, spielt, der versucht, mit den Arbeitgebern einen Sondertarif abzuschließen, wird von Meyer ganz besonders hingewiesen. Der Obmann der Tarifkommission der G. d. A., Krüger, bestritt in der Diskussion die vorliegende Absicht des S., einen Sondertarif mit den Arbeitgebern abzuschließen. Aber die Angaben M.s werden von den Anwesenden von der G. K. A. bestimmt bestätigt. Zum Schluß fordert M. die Anwesenden auf, eifrig für die Afa zu wirken. Sie möchten nicht so viel Wert auf die schönen Worte von Radbruch legen, da die G. A. K. sofort versage, wenn sie mit Taten für ihre Worte eintreten soll. Nur im Erkennen ihrer Lage, im bewußten Zusammenarbeiten mit allen Arbeitnehmern, in der tätigsten Mitarbeit unter den Angestellten, im Sozialismus liege der Fortschritt und die Verbesserung ihrer Lage.

Deutscher Hutarbeiter-Verband, Putzbranche. Nach mehreren Verhandlungen ist es endlich gelungen, für die Putz-engros- und Putz-detail-Branche wieder eine Lohnerhöhung von 10 Prozent zu erlangen. Obwohl der Tarif schon am 31. April abgelaufen, und neue Forderungen rechtzeitig eingereicht waren, bedurfte es erst eines sanften Nachdruckes, um den Arbeitgeberverband zu veranlassen, auf unsere Forderungen zu antworten. Sechs Wochen brauchten sie dazu, um Antwort zu geben. Festgestellt muß werden, daß gerade in der Putzbranche sehr flott zu tun gewesen und zur Zeit noch ist. Die Nachfrage nach Putzmacherinnen ist groß. Und doch sind die Löhne in dieser Branche nicht gerade glänzende. Dies hat natürlich seine Ursachen darin, daß in dieser Branche noch keine 50 Prozent organisiert sind. Wir richten deshalb die Bitte an alle Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, überall, wo ihr mit Angehörigen der Putzbranche zusammenkommt, sie auf unsere Organisation zu verweisen. Denn die Zustände dieser Branche bedürfen einer dringenden Abhilfe, und die kann nur durch eine starke Organisation gewährleistet werden. Durch die Verschmelzung mit dem Arbeitnehmerverband der Bekleidungsindustrie, Sektion Putzbranche, ist eine einheitliche Organisation geschaffen, die es nun auszubauen und zu stärken gilt. Dazu bedarf es aber der Mitarbeit aller Kräfte, die hiermit aufgerufen werden sollen.

Angestellte der Textilindustrie, Färbereien und chemischen Waschanstalten! Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Wiederholt sind uns Klagen aus diesen Branchen zugegangen, daß die Angestellten gezwungen werden, ihr Vertragsverhältnis als Angestellte in ein solches als „Pächterin einer Filiale" umzuändern. Die Pachtverträge, welche wir bisher zu Gesicht bekommen haben, entsprechen aber nicht den Vorschriften des Gesetzes, sondern stellen nichts weiter als eine nackte Umgehung des bestehenden Tarifvertrages dar. Wir warnen die Kollegen, derartige Verträge zu unterzeichnen und bei allen vorkommenden Fällen die Organisation zu Rate zu ziehen. Von den bekannteren Firmen ist es die Firma D. Coundé A.-G., die auch langjährigen Angestellten derartige Verträge zur Unterzeichnung vorlegt.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 14. Juni

14. Distrikt, 2. Abteilung (Stadtbez. 222, 225, 243, 244 und 245). Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Büttner, Schwedter Str. 23. Neuwahl der Abteilungsleitung und Kommissionen.

Neukölln. Die Bezirksführer, welche die Funktionärausweise und Material für Mittwoch noch nicht abgeholt haben, wollen dies heute nachmittag von 4 Uhr ab im Parteibureau tun.

Reinickendorf-West. Gruppenführer, heute 8 Uhr im Volkshaus Empfangnahme der Einladungszettel zu der am Donnerstag stattfindenden öffentlichen Versammlung.

Mittwoch, 15. Juni

14. Distrikt, 3. Abteilung (Stadtbez. 227, 228, 230, 240, 241). Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlung im Lokal zum Zieten, Schönhauser Allee 163. Neuwahl der Abteilungsleitung und der Kommissionen.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Niederschönhausen. Kinderausflug nach dem Schillerpark. Treffpunkt Rathaus Blücherstraße, 3 Uhr. Rege Beteiligung erwünscht. Badezeug mitbringen.

19. Verwaltungsbezirk (Pankow usw.). Abends 7½ Uhr bei Hubert, Damerowstr. Ecke Mendelstraße, Sitzung der Distriktsbildungskommission.

Soz. Proletarierjugend, Gr. Weißensee. Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Vereinskalender

Dienstag, 14. Juni

Zentralverband der Angestellten. Seifen-Kleinhandel. Abends 8 Uhr, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Donnerstag, 16. Juni

Verband der Gastwirtsgehilfen, Branche 6 (Hoteldiener, Zimmermädchen). Abends 8 Uhr in den Arminsälen, Kommandantenstr. 58-59, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Bedeutung des Tarifwesens für unser Gewerbe (Referent: Genosse Liebenow). Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Deutsche Filmgewerkschaft. Abends 8½ Uhr im Bureau, Charlottenstr. 6, Versammlung der Fachgruppe Photographen und Fabrikationsarbeiter. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Wichtige Tagesordnung.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1,

Alle Parteien!
sind sich darüber einig, daß unsere Schuhwaren stets gut und billig sind
Beweis:
Damen braun echt Chevr. Schnür- u. Spangenschuhe alles Leder 125.00
Damen schwarz Schnür- u. Spangenschuhe schicke Formen alles Leder von 88.00 an
Herren braun Rindbox-Stiefel helle und dunkle Farben moderne Formen . . von 185.00 an
Schuh-Engros-Lager Kaatz
Kein Laden Münzstr. 10, I. Etage Kein Laden

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimente-, Strafsachen. Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. von Kirchbach-Gesellsch. (geg. Tietz) 5-7. Gläng. Erfolge. Alexanderstr. 45 Beobacht. Allimw. nahm. Jurist. Sonnt. 10-12 Vertrauenssach.

Reise-Lektüre
Reise-Führer
Wander-Karten
(Neueste Ausgaben)
erhält man am besten und billigsten in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages. — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Halleschen Tor) verkauft spottbillig Herrengarderobe. Keine Lombardware.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel

Chaiselongues 100,— Chaiselonguedecke 75,—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weicke, Auguststr. 72a, Lugh.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1a Lackfarbe, herrliche Verglasung 495 Mark. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit. 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile 2230 Mark. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achtzehn.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Sonderangebote. Schlafzimmer 2700, eichene Speisezimmer 2900, Herrenzimmer 2600, Nußbaumwohnzimmer 2800, einzelne Bettstellen mit Stahlmatratzen, dreiteiligen Auflagen 350, Kücheneinrichtungen 450, Ausziehtische 150, Rohrstühle 45, Ruhebetten 260, Sofas 575, Mahagoni Spiegelspind 350, Komoden 300. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Umbausofas 925 bis 1525,—, Chaiselongues 200,— bis 575,—, Metallbetten, Auflagmatratzen, Patentmatratzen 110,—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motgre kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 258.

Neckarsulmräder, Adlerfahrräder, Wandererräder, Stövergerirad, Opelfahrräder, Welträder, Simsonräder, 700.—, erfahrene spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Radreparaturen, Zweiräder, Dreiräder allerbilligst. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradgummi! Spottbillig. Schlawe, Weinmeisterstr. vier.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Manteuffelstr.) kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Firnis, Bleiweiß, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Zu kaufen gesucht Hilferding, „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden. Angebote an die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H. Lübecker Str. 16, Hansa 227.

Kugellager, Kupeln kauft dringend Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. (Humboldt 461).

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Schrauben Strausberger Straße 44.

Spiralbohrer kauft Oskar Löscher, Hohen-Neuendorf, Angerstraße 1.

Jeder Genosse
kommt einmal in die Lage
inserieren zu müssen.
Denke dann
an die „Freiheit"

Verschiedenes

Achtung! Straßenhändler! Keks, Schokolade zu Schleuderpreisen. Enormer Verdienst. Anhalt, Graefestr. 68.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber See und Heide". Geschmackvoll gebunden. 6.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kersten-Löwenstein, „Der Elternbeirat" (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.